

Politische Kultur und Sprachkultur

Wie sich der Bürger politische Äußerungen verständlich machen kann

1. Zum Begriff der 'politischen Kultur'

'Politische Kultur' ist längst zu einem modischen Kampfbegriff in öffentlichen Auseinandersetzungen geworden. Wann immer politische Affären und Skandale ans Licht kommen oder strittige politische Vorhaben diskutiert werden, wird heute von der Gefährdung der politischen Kultur gesprochen – natürlich immer nur durch die anderen. Zunächst war aber mit diesem Begriff in Sozial- und Politikwissenschaft etwas anderes gemeint, nämlich "ein analytisches Mittel zur Erfassung der Gesamtheit aller Einstellungen, Werthaltungen und Umgangsformen, die sich in einer Gesellschaft auf das politische Handeln und die politischen Institutionen beziehen" (Rausch 1980, 10). Man beschäftigte sich vor allem mit der Bevölkerung (civic culture), versuchte, ihre Beziehung zum politischen System, Grade von Partizipation und Akzeptanz in Umfragen und Statistiken zu messen, häufig auf der Basis eines unschwellig normativen, amerikanisch geprägten Demokratieverständnisses.¹

Wenn hier aus sprachwissenschaftlicher Sicht von politischer Kultur im Zusammenhang mit Sprachkultur die Rede sein soll, dann doch mehr in Bezug auf das Handeln der politischen Akteure, und zwar auf ihr sprachliches Handeln, auf bestimmte Phänomene politischer Kommunikation, die neben anderen Faktoren einen politischen Stil² oder politische Stile prägen – aber ohne jede polemische oder überhaupt normative Absicht; politische Stile werden eher im Sinne von Funktionalstilen verstanden und im Hinblick darauf, was die Bürger in unserer politischen Kultur sprachverstehend leisten müssen.

Unsere politische Kultur oder einzelne politische Stile können hier natürlich nicht beschrieben oder auch nur umrissen werden; es sollen aber anhand zweier Beispiele zwei (bekannte) Merkmale politischer Kommunikation aufgegriffen werden, und es soll gefragt werden, was man mit sprachwissenschaftlichen Mitteln zur Beschreibung von und zum Umgang mit politischer Kommunikation beitragen kann.

2. Zwei Thesen zur politischen Kommunikation

1. These: Die Inszeniertheit politischer Kommunikation hat zur Folge, daß positiv bewertete Sprachhandlungsmuster wie INFORMIEREN oder DISKUTIEREN benutzt werden, um die eigentlich angestrebten Muster, WERBEN und LEGITIMIEREN, zu verpacken.

Als erstes Merkmal politischer Kommunikation möchte ich ihren Inszenierungscharakter hervorheben. Wie alle politischen Phänomene stehen politische Äußerungen in einer Spannung zwischen dem, was tatsächlich geschieht, und den offiziellen Deutungen davon; in politischer Kommunikation wird immer wieder versucht, über alle möglichen Sachverhalte und Ereignisse Mythen und propagandistische Deutungen zu erzeugen, einschließlich solcher über ihre eigene Natur.³

Parlamentarische Selbstdarstellungen rivalisierender Parteien anlässlich der Verabschiedung von Gesetzen werden in der Öffentlichkeit als "Debatten" ausgegeben.⁴ Selbstdarstellungen von Politikern werden als "Interviews" inszeniert, politische Werbesendungen werden als "Fernsehdiskussionen" gestaltet. Eine groß angelegte Propagandaveranstaltung im Deutschen Bundestag wird z.B. als "Dialog mit der Jugend" aufgeführt. Auch die politischen Kommunikationsformen selbst zeugen also von der "Zwieschlächtigkeit politischer Realität" (Offe).

Dies gilt nicht nur für die sogenannte "Sprache der Überredung", die ja im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht, sondern auch für andere Bereiche politischer Kommunikation, also auch für die Sprache der Bürokratien, für die Justiz, noch mehr für Verhandlungen. Auch dort kommt es immer darauf an, nicht nur bestimmte Sachaufgaben zu erfüllen, sondern auch akzeptiert zu werden, als legitim gerechtfertigt zu gelten. Dazu sind kleine Inszenierungen nach positiv bewerteten und wenig angreifbaren Kommunikationsmustern angebracht, gleichgültig, was eigentlich getan wird.

In Termini der Goffmanschen "Rahmen-Analyse" (Goffman 1974) könnte man davon sprechen, daß ein "primärer Rahmen" für eine sprachliche Handlung, z.B. ein persuasives Argument, in einen anderen Rahmen eingebettet oder "moduliert" wird, z.B. in eine Information – wie übrigens auch sonst häufig in alltäglichen Kommunikationen. Dabei geschieht mehr als nur eine Verschiebung von einer Realitätsebene in eine andere wie etwa bei einem alltäglichen Bericht über eine Handlung oder bei einer Theaterhandlung, die nur gespielt wird. Aber es geschieht auch weniger als bei einer betrügerischen Handlung, wo bewußt eine falsche Vorstellung über den Charakter der Handlung erzeugt wird. Obwohl Politiker natürlich ein Interesse daran haben, daß die Rahmen-Doppelung nicht zu

deutlich wird, ist doch im allgemeinen davon auszugehen, daß sie nicht täuschen. Die "Rahmentransformation" durch politische Verpackung ist meist leicht aufzudecken, wenn man nur sorgfältig zwischen den Zeilen liest.

Überhaupt geht es hier nicht darum, politische Kommunikation zu "dämonisieren", es geht auch nicht um platte Politikerschelte. Vielmehr sind weitverbreitete alltägliche Möglichkeiten der Kommunikation zu beachten, deren spezielle Funktion für politisches Sprachhandeln beschrieben werden soll. Ziel solcher Beschreibungen kann auch nicht sein, moralisierende Appelle an Politiker zu richten, sie mögen doch bitte schön ihre Kommunikationspraktiken ändern, die übrigens nur teilweise bewußter Planung, ansonsten langjähriger Sozialisation entstammen. Die Funktion politischen Sprachgebrauchs ist eben nicht nur Verständigung⁵, sondern in erster Linie, "Verhaltensweisen von Menschen zu beeinflussen, praktiziertes Verhalten zu bestärken oder es durch neue Verhaltensmaßstäbe zu verändern und abzulösen." (Bergsdorf 1978, 49). Daß dabei mitunter das Ziel der Verständigung geopfert wird und die Beeinflussung nur Erfolg hat, weil eben nicht alle alles verstehen, schafft einen Kommunikationsbereich, wo Verschleierung und Manipulation möglich werden.

Politiker müssen aber wohl so reden, es gehört – wie Eroms (1974) bemerkt – zur Natur des Rhetorischen, gerade nicht transparent, explizit zu sein. Deshalb müssen auf der anderen Seite die Adressaten als mündige Bürger, so Eroms, diese Merkmale politischer Kommunikation mitberücksichtigen, damit sie nicht manipuliert werden. Dabei soll kein prinzipieller Gegensatz zwischen Politikern und Bürgern konstruiert werden; auch Bürger müssen zur Artikulation ihrer Interessen bisweilen mit Mitteln politischer Kommunikation handeln. Es gibt aber komplementäre Aufgaben für komplementäre Rollen in politischer Kommunikation.

Was bedeutet die Inszeniertheit politischer Kommunikation für die sprachwissenschaftliche Beschreibung? Wenn man sich nicht darauf beschränken will, politische Begriffe und ihren Gebrauch in der Geschichte zu untersuchen, was in der Sprachwissenschaft traditionell gemacht wurde, sondern wenn man Äußerungen in Situationen beschreiben will, muß man zunächst nach den kommunikativen Funktionen, den Illokutionen (Sprachhandlungsmustern) fragen, die in einer Äußerung realisiert werden.

Nach dem bisher Gesagten darf man behaupten, daß nahezu jede Äußerung eines Politikers, bestimmt aber jede öffentliche Äußerung, auch nach den Mustern WERBEN und/oder LEGITIMIEREN gemacht wird.

Natürlich wird ein Politiker auch INFORMIEREN, FRAGEN, AUFFORDERN, APPELLIEREN, VERORDNEN usw., aber in der Öffentlichkeit niemals ohne Berücksichtigung einer zweiten Ebene, die häufig die eigentlich angestrebte ist und die mit dem Versuch zu tun hat, durch Persuasion Zustimmung zu politischen Einstellungen und Handlungen des eigenen Lagers zu erreichen.

Wie man seit Watzlawick u.a. (1967) davon ausgeht, daß jede Äußerung einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt aufweist, so kann man für politische Äußerungen grundsätzlich postulieren, daß es neben der vorgegebenen offiziellen Illokutionsstruktur noch weitere, nur im Hinblick auf WERBEN und LEGITIMIEREN verständliche Muster gibt.⁶ Natürlich ist es auch in anderen Kommunikationsbereichen so, daß man neben den textsortenkonstitutiven Mustern zugleich andere verfolgt; so wird man in einer Diskussion nicht nur HYPOTHESEN AUFSTELLEN, BEGRÜNDEN, BESTREITEN, MODIFIZIEREN usw., man wird auch persuasive Muster wie BEWERTUNGEN, EINSTELLUNGSKUNDGABEN, ZUSPITZUNGEN usw. verwenden, die über das Rational-Argumentative hinausgehen. Die entscheidende Frage ist aber, ob persuasive Muster zur Unterstützung des Diskussionsziels der Meinungsbildung, Klärung, Präzisierung, Überzeugung usw. eingesetzt werden, oder umgekehrt: ob die Diskussions-Muster auf die Bewertungen hin funktionalisiert sind, ob es also nur ums Rechthaben, Bloßstellen o.ä. geht.

So muß in politischer Kommunikation gefragt werden, ob die Äußerung letztlich nicht überwiegend der verdeckten WERBUNG und LEGITIMATION dient und andere, explizitere Muster nicht daraufhin funktionalisiert sind. Bleibt diese Doppelheit unberücksichtigt, ist das Verständnis der Äußerung bestenfalls naiv oder oberflächlich und enthält Risiken. Wenn man die mitgemeinten oder eigentlich gemeinten Muster, die nur zwischen den Zeilen stehen, nicht *b e w u ß t* bemerkt, heißt das nämlich noch nicht, daß die intendierten perlokutiven Effekte, die Werbungs- und Legitimationsziele nicht doch unterschwellig erreicht werden. Die unauffällige, unmerkliche Werbung ist sicherlich nicht die erfolgloseste. Umgekehrt ist bewußtes Offenlegen mitgemeinter Muster nicht der einzige Weg, relevante Teile einer politischen Äußerung zu verstehen. Es gibt auch – gerade bei Jugendlichen – ein intuitives Durchschauen, das sicherlich mit zum vielbeklagten Glaubwürdigkeitsverlust und Legitimitätsverfall beigetragen hat.

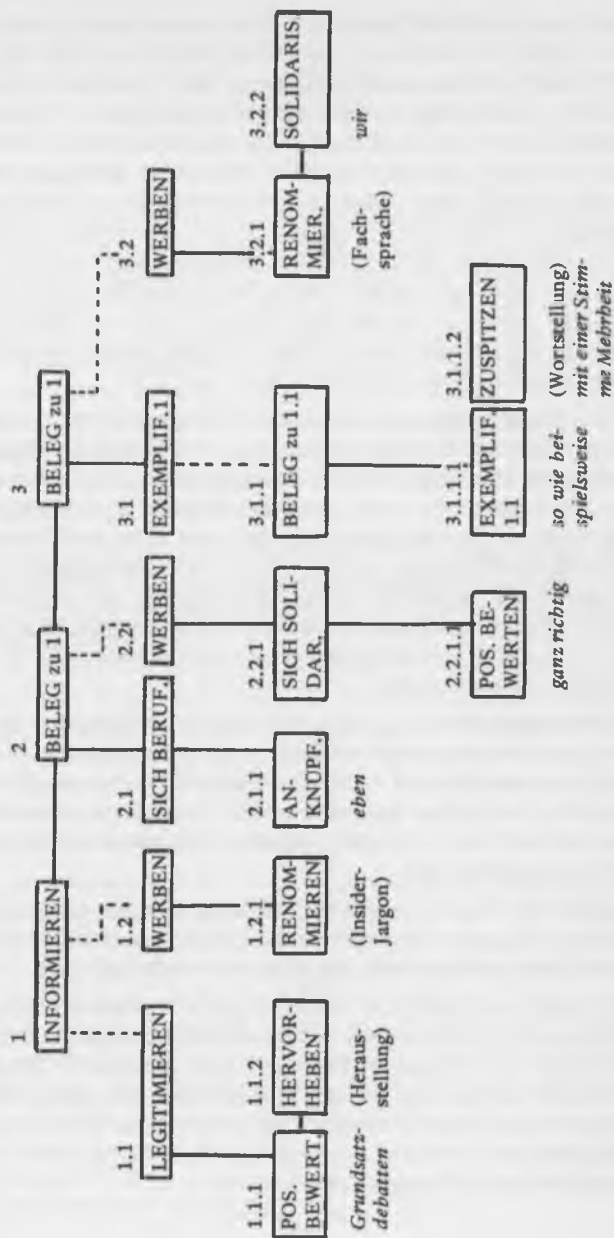
Eine der Aufgaben sprachwissenschaftlicher Analyse ist jedenfalls die Explizierung mitgemeinter, nur implikativ oder kompakt ausgedrückter Inhaltskomponenten, zu denen an erster Stelle nicht-explizite illokutive Muster gehören.⁷ Folgendes Beispiel zur Illustration:

Beispiel 1: Ein Bundestagsabgeordneter sagt einem Besucher auf eine Informationsfrage zur Organisation der Fraktionsarbeit nach einigen Sätzen über die Aufgaben der Fraktionsarbeitsgruppen und -arbeitskreise:

... und in der Fraktion, des hat der XY [Fraktionskollege] eben ganz richtig gesagt, da gibts dann die Grundsatzdebatten, so wie beispielsweise des letzte Mal mit einer Stimme Mehrheit wir äh die Kriegsdienstverweigerungsnovelle von der Tagesordnung abgesetzt haben ...

Dabei handelt es sich ganz sicher nicht um eine bewußt und sorgfältig geplante Äußerung, bei der Werbestrategen und politische Formulierungstalente am Werk waren – womit man mitunter rechnen muß, seit in den Parteien das Bewußtsein von der Bedeutung sprachlicher Kommunikation wieder gewachsen ist. In dieser eher banalen Äußerung eines Hinterbänklers zeigt sich dagegen, wie durch jahrelange Sozialisation, durch Einüben bestimmter Muster, durch Lernen am Vorbild, den Politikern schon in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß man keine Gelegenheit zum WERBEN und LEGITIMIEREN auslassen sollte. Betrachtet man die Äußerung genauer, findet man den Kern der ganzen Sprachhandlung, die INFORMATION (*in der Fraktion, da gibts dann die Grundsatzdebatten*), noch angereichert durch zwei Zusätze, die als BELEGE dieser Information fungieren: einmal, als Parenthese/Schaltsatz eingeschoben, die BERUFUNG auf die Äußerung eines Fraktionskollegen (*des hat der XY eben ganz richtig gesagt*); zum zweiten eine EXEMPLIFIZIERUNG, die mehr veranschaulicht als nur die erwartete Information, wann und auf welche Weise welche Fraktionsgremien arbeiten (*so wie beispielsweise des letzte Mal ...*): Damit wird BELEGT, daß die Fraktionssitzungen nicht als bloße Zustimmungsschaltapparate zu ansonsten von der Fraktionsspitze getroffenen Entscheidungen funktionieren, sondern daß – was positiv zu bewerten sei – “Grundsatzdebatten” stattfinden. Schon der Kernsatz enthält diese Wertung, die durch die Herausstellung nach links (statt: *in der Fraktion gibts dann ...*) und die extreme Sperrung durch die Parenthese noch stilistisch verstärkt wird. Damit wird die eigene Arbeit LEGITIMIERT. Zusätzliches Gewicht erhält die INFORMATION-WERBUNG durch die Verwendung des Insider-Jargon-Kürzels *Fraktion* für ‘Fraktionssitzung’ oder ‘Gesamtfraktion’. Überhaupt muß man sich fragen, warum eine einfache Information über Struktur und Zeitplan der Fraktionsarbeit überhaupt der BELEGE bedarf, wenn nicht zugleich eine möglicherweise strittige BEHAUPTUNG enthalten ist: eben daß in den Fraktionssitzungen gut gearbeitet wird, das heißt ‘grundsätzlich debattiert’ wird. Gestützt und umrahmt wird diese ‘Kernlegitimation’ noch durch weitere Muster wie SICH SOLIDARISIEREN, indem die Kollegenäußerung positiv bewertet wird, oder durch RENOMMIEREN mittels fachsprachlicher Ausdrücke wie *Kriegsdienstverweigerungsnovelle, mit einer Stimme Mehrheit, von der Tagesordnung absetzen*.

Folgende Übersicht soll noch einmal die illokutive Struktur veranschaulichen. Natürlich ließen sich andere, umfassendere und genauere Darstellungen denken; dieses Strukturbild soll für den jetzigen Zweck genügen⁸:



Schematischer Ausschnitt aus einer Sprachhandlungsmuster-Analyse

WERBUNG und LEGITIMIERUNG werden also nicht direkt und unvermittelt vorgebracht, sondern eingebettet in ein vorher initiiertes Schema INFORMATION, als BELEGE einer INFORMATION gewissermaßen getarnt. Die Werbungsabsicht wird im zweiten Teil deutlicher. Diese Struktur kennt man aus Fernsehdiskussionsbeiträgen und Statements, wo man nach einer kurzen sachlich-rationalen, mehr argumentativen Passage (in die freilich durch wertende Referenzausdrücke und andere Mittel schon WERBUNG unauffällig eingelagert ist) zu einem Teil übergeht, der deutlicher WERBUNG und POLEMIK enthält. An der Übergangsstelle finden sich meist Cluster von Gliederungssignalen (*übrigens, und dann, nur, denn, so wie beispielsweise*) und/oder expliziten aufmerksamkeitssteuernden Rederechtssicherungen (*lassen Sie mich nur noch das eine sagen, wenn ich das noch sagen darf u.ä.*).

Das Umfunktionieren von Kommunikationsschemata ist keineswegs ein Spezifikum politischer Kommunikation. Auch die alltägliche Frage nach dem Verbleib der Manschettenknöpfe kann zu einem Anlaß für eine ärgerliche Tirade über Unordnung gemacht werden, — auch im Alltag ein Erschwernis der Verständigung. In politischen Kommunikationen wirken INFORMATION oder ARGUMENTATION nachträglich häufig als bloße Aufhänger für WERBUNG und LEGITIMATION, die in Wirklichkeit mehr Raum einnehmen und nur notdürftig eingepackt werden: dennoch wird auf den ablenkenden Rahmen der INFORMATION oder DISKUSSION nicht verzichtet.

Für den Adressaten bleibt umgekehrt die Aufgabe, die zwischen den Zeilen stehenden Aussagen und die damit verknüpften Handlungsmuster konsequent zu verstehen und nicht bei der oberflächlichen, expliziter angebotenen Interpretation stehenzubleiben. Konsequente Analyse ist nämlich meist auch die einzige Möglichkeit für Adressaten im Umgang mit politischen Äußerungen.

2. These: Der Ein-Weg-Charakter öffentlicher politischer Kommunikation erfordert alltagssprachliche Techniken, die komplexen und z.T. verdeckten Inhalte verstehend zu verarbeiten, z.B. Paraphrasen.

Öffentliche politische Kommunikation ist zum allergrößten Teil Massenkommunikation; den technischen Bedingungen der Massenmedien entsprechend ist sie damit zumeist "Ein-Weg-Kommunikation" (Glinz), die Adressaten sind fast ganz auf Rezeption beschränkt. Die geringen aktiven Beteiligungsmöglichkeiten in Leserbriefen, Rundfunktelefonaten, Bürgerdiskussionen u.ä. können an der grundlegenden "Asymmetrie" politischer Kommunikation⁹ kaum etwas ändern.

Die Asymmetrie politischer Kommunikation hat aber nicht nur medientechnische Gründe. Auch da, wo mehr als sporadisches Feed-back möglich wäre, in Wahlveranstaltungen, Diskussionen, in Kontakten mit Politikern haben die Bürger gegen die Routine und die sprachliche Überlegenheit politischer Akteure, hinter der oft professionelle Spracharbeit steckt¹⁰, selten eine Chance, sich angemessen zu artikulieren.

Erschwerend kommt hinzu, daß die häufigsten politischen Sprachhandlungsmuster WERBEN und LEGITIMIEREN gar nicht auf einen Dialog zielen. Ihre beabsichtigten perlokutiven Effekte sind gerade nicht hörerseitige sprachliche Handlungen, was einen Wechsel der Sprecherrolle fördern würde. Sie zielen beim Adressaten vor allem auf Einstellungen wie FÜR RICHTIG HALTEN oder nicht-sprachliche Handlungen wie WÄHLEN. Es sind jedenfalls keine dialoginitiiierenden Muster wie FRAGEN oder VORWÜRFE. In diesem Zusammenhang erscheint die immer wieder geäußerte Absicht, "in Dialoge mit Bürgern einzutreten"¹¹, nur als ein weiterer Inszenierungs-Coup, nicht als ernstgemeinter Versuch, die grundsätzliche Asymmetrie aufzuheben.

Damit entfällt (nicht nur in der Massenkommunikation) ein wichtiges mögliches Korrektiv gegen die Einseitigkeit persuasiver Kommunikation. Ist es in – ebenfalls rhetorisch aufbereiteten – Kommunikationstypen wie (echten) DISKUSSIONEN, GERICHTSVERHANDLUNGEN, (kritischen) INTERVIEWS noch möglich, durch Widerspruch, Rückfragen, Gegenargumentationen und dergleichen manipulative Züge offenzulegen, – der Adressat von (massenmedialer) Propaganda kann nur abschalten oder genau hinhören. Das hat Vorteile, denn er muß sich nicht in endlose, fruchtlose Debatten einlassen, die sich oft im Gestrüpp emotionalisierter, letztlich interessengesteuerter Schlagabtausche verheddern, aber es bürdet ihm die ganze Last der Analyse auf.

Der Kern sprachkritischer Bemühungen um politische Äußerungen sollte dann auch Analyse sein: "Haben wir die Analyse, so ist auch alles getan." (Heringer 1982, 27). Beschäftigung mit politischer Sprachkultur sollte nicht auf die normierende Bekämpfung irgendwelcher sprachlicher Mittel zielen, sondern darauf, die Analysefähigkeiten weiterer Kreise der Bevölkerung zu verbessern: "Sprachkritik von unten" (Wimmer).¹² Wie die Verbreitung schriftlicher Kommunikation durch den Buchdruck eine qualitative Veränderung der Sprachkompetenz aller durch die Alphabetisierung notwendig machte, so erfordert die Verbreitung politischer Kommunikation durch Massenmedien eine weitere Verbesserung der Sprachkompetenz hin zu verständigerem Umgang mit den wichtigsten Mitteln politischen Sprachhandelns.

Zwei Einwände gegen diese Forderung müssen allerdings ausgeräumt werden. Der erste Einwand richtet sich gegen eine Überschätzung massenmedialer Kommunikation; die Bürger ließen sich von der Propaganda politischer Parteien und Institutionen und ihrer Akteure gar nicht wirklich beeinflussen. Viel wichtiger sei vielmehr der Einfluß von Bezugs- und Primärgruppen; überhaupt werde — nach der Theorie der kognitiven Dissonanz — ohnehin nur Bestätigung der eigenen Meinung gesucht und wahrgenommen. Die Ergebnisse der Wirkungsforschung sind da aber durchaus widersprüchlich; es ist wohl unbestreitbar, daß — durch welche Vermittlungen und Brüche auch immer — politische Sozialisation mit symbolischen Mitteln, zum großen Teil nach sprachlichen Mustern stattfindet; die Regeln ihres Gebrauchs zu kennen, führt in jedem Fall zu einem besseren Verständnis politischer Kommunikation. Für die Möglichkeiten wirklicher Diskussion in Bezugs- und Primärgruppen ist die Fähigkeit, politische Äußerungen interpretieren und besser verstehen zu können, eine wichtige Voraussetzung.

Der zweite Einwand geht dahin, sprachwissenschaftliche Analyse lasse sich nicht zugleich differenziert und einfach, verständlich und konsensfähig praktizieren. Dem muß entgegengehalten werden, daß jeder, anknüpfend an Alltagssprachliches Sprechen über Sprache¹³, gewisse Verfahren erlernen kann, sein Verständnis von sprachlichen Äußerungen zu verbessern; dazu sollte man mit eigenen Worten ausformulieren, was man verstanden hat. Denn die wohl einfachste, aber auch wirkungsvollste Methode, etwas vom Zusammenhang und von der Diskrepanz von sprachlichem Inhalt und Ausdruck sichtbar zu machen, ist die Alltagssprachliche Paraphrase.

Auch in einem anderen wichtigen Bereich, wo es in einer praktischen Situation um möglichst umfassendes Verstehen geht, in der Gesprächspsychotherapie, wird die Technik der Paraphrase nach bestimmten Regeln¹⁴ verwendet. Dort kommt es vor allem auf Verbalisierung emotionaler Erlebnisinhalte an, die auf diese Weise ins Bewußtsein gebracht werden sollen, während sie sonst nur nicht-sprachlich, parasprachlich oder 'zwischen den Zeilen' zum Ausdruck kommen. Für politische Kommunikation kann die Paraphrase-Technik zu einer Vertiefung des Verständnisses führen, insbesondere im Hinblick auf weniger offene Kommunikationsziele und -interessen, auch im Hinblick darauf, wie solche Bedeutungskomponenten zum Ausdruck gebracht werden.

Die Notwendigkeit, die Bedeutung einer politischen Äußerung möglichst vollständig zu explizieren, habe ich vorhin anhand verdeckter 'Nebenbei'-Sprachhandlungsmuster illustriert. Weitere typische Diskrepanzen zwischen Ausdrucksformen und inhaltlichen Strukturen finden sich da, wo

in Nominalisierungen und anderen Wortbildungen, wo durch unklare Quantifizierungen, vage und präzisierende Referenzausdrücke, durch Verschiebungen der Prädikatsklassen, durch Ellipsen, Subjektschübe, Metaphorisierungen, durch konnotative Bedeutungen, durch Präsuppositionen, Implikationen, unauffällige Partikel, durch Gliederungssignale, Wortstellung, Intonation und durch viele andere sprachliche Mittel mehr die komplexen Inhalte nur kompakt oder implikativ oder indirekt ausgedrückt sind und deshalb nur schwer faßbar und kontrollierbar sind. Die ganze Breite sprachwissenschaftlicher Forschung in den Gebieten Pragmatik, Satzsemantik und Wortsemantik, Textlinguistik und Argumentationstheorie hat hier im Rahmen einer handlungsorientierten Beschreibung wichtige Mosaiksteine zu einer differenzierten Textanalyse beizutragen. Damit diese Textanalyse nicht nur für die Experten, sondern für alle fruchtbar werden kann, müssen ihre Grundlagen in Formulierungsalternativen nach einfachen Paraphrasengrundsätzen umgesetzt werden.

Wie solche Formulierungsalternativen aussehen können, will ich in einer möglichst expliziten Paraphrasierung eines kurzen Ausschnitts aus einer Regierungserklärung Helmut Kohls veranschaulichen. Danach möchte ich kurz auf die verwendeten Paraphrasierungsprinzipien eingehen.

Beispiel 2: Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 21.11.83 zur Stationierung neuer Raketen:

... Niemals dürfen wir zulassen, daß Friede und Freiheit gegeneinander ausgespielt werden. Nur ein Volk, das in Frieden und Freiheit lebt, kann auch wirklich einen Beitrag für den Frieden in der Welt leisten. Wir Deutschen, wir alle wollen diesen Frieden in Freiheit ...

Versuch einer mehrschichtigen, alltagssprachlichen, nicht-wertenden Paraphrase:

Wenn ich Ihre Argumentation richtig verstehe, appellieren Sie mit "dürfen wir" an alle Bürger und/oder an Ihre Parteigänger, dafür einzutreten, daß Friede und Freiheit nicht als Alternativen vertreten werden, eine Position, die Sie sehr negativ beurteilen, wobei Sie hier offen lassen, wer diese Position vertritt. Sie begründen Ihren Appell mit der Meinung, daß nur ein Volk, das beides hat, etwas, das Sie hier nicht näher bestimmen, für den Frieden tun kann; und daß, wer nur eines hat, nur Frieden oder nur Freiheit, demnach nicht wirklich etwas für den Frieden tun kann. Sie bekunden Ihren Wunsch – und meinen, in dieser Frage für alle Deutschen oder sogar für alle Menschen sprechen zu können –, nur diese Art von Frieden, der eng mit Freiheit verbunden ist, zu erhalten.

Wenn ich nach Ihren Absichten und dem Zusammenhang frage, in dem Ihre Äußerungen stehen, so wollen Sie den Bürgern damit wohl klar machen, daß die Stationierung neuer Raketen gerechtfertigt ist, weil nur diese – Ihrer Meinung nach – die Aufrechterhaltung der Freiheit und damit auch des Friedens garantieren.

Wenn ich danach frage, wie Sie Ihre Äußerungen formulieren, so betonen Sie immer wieder den Zusammenhang von Frieden und Freiheit, in jedem Satz. Die gesonderte Behandlung dieser Werte beurteilen Sie dagegen sehr negativ. Sie heben auch den Ernst dieser Frage hervor, indem Sie an Gefühle appellieren, die mit "Frieden", "Freiheit", "Volk", "Deutsche" und "Welt" verknüpft werden und sprechen das Gefühl für die Gemeinsamkeit aller Bürger an, indem Sie "wir" und "wir alle" verwenden. Außerdem machen Sie die zugespitzte Situation bei dieser Entscheidung deutlich, indem Sie "nie-mals", "nur" und "wirklich" zur Bekräftigung Ihrer Position einsetzen. Sie verstärken Ihren Appell auch durch eine Darstellung, die uns vor Augen halten kann, daß es nicht anders sein "darf", nicht anders sein "kann" und wir es – wie Sie selbst – auch eigentlich nicht anders "wollen".

Sie zeigen, daß Sie komplexe Argumentationen in vereinfachten Formeln verständlich machen können und wollen durch konsensfähige Begriffe Zustimmung erlangen, die Bürger für Ihre Position werben.

Es handelt sich natürlich nur um eine von verschiedenen Möglichkeiten, diese kurze Passage zu paraphrasieren. Sie gibt mein persönliches Verständnis wieder, was ich durch die dialogische Formulierung ausdrücken wollte. Dennoch beruht sie nicht nur auf subjektiver Interpretation, sondern greift zurück auf intersubjektiv eingespielte Regeln der Kommunikation und eine gewisse Kenntnis der Situation.

Zunächst wird Schritt für Schritt jeder auffindbare Satzinhalt umschrieben, wobei Illokutionen (APPELLIEREN, BEGRÜNDEN, WUNSCH BEKUNDEN) und die zugehörigen Handlungsbeteiligten ausgedrückt, vage Referenzen und Quantifizierungen offengelegt, weggelassene Referenzstellen (Ellipsen) auch in nichtverbal ausgedrückten Prädikationen rekonstruiert, implizit wertende Prädikate zunächst durch neutralere ersetzt, die Wertungen dann aber ausdrücklich genannt werden. Dabei werden Argumentationen verdeutlicht, mitgemeinte Voraussetzungen und Folgerungen hinzugefügt.

In einem zweiten Durchgang wird nach den übergeordneten Bewirkungsversuchen (perlokutiven Versuchen) und den weiteren sachlichen und situativen Zusammenhängen gefragt, bei denen auch dahinterstehende Kommunikationsinteressen einbezogen werden.

In einer dritten Schicht werden noch einmal Formulierungshandlungen¹⁵ betrachtet, um den stilistischen Wert bestimmter Ausdrucksmittel und illokutiver Verknüpfungen auch über die Satzgrenzen hinaus zu berücksichtigen. Dabei spielen besonders Gefühle und Einstellungen auf Sprecher- und Adressatenseite eine Rolle.

Wie schon gesagt, ist dieses Vorgehen nicht das einzig denkbare; es sind aber die wesentlichen Aspekte einer sprachwissenschaftlich fundierten Textanalyse einbezogen. Es wird versucht, das eigene Textverständnis auszuformulieren, und damit wird die einzige Beteiligungsmöglichkeit, die der Bürger in politischer Kommunikation im allgemeinen hat, nämlich sehr genau zuzuhören, maximal ausgeschöpft. Dabei soll zunächst wirklich nur akzeptierend, d.h. ohne eigene Wertung paraphrasiert werden. Dies erscheint mir wichtig, weil die Beschreibung mit negativ urteilenden Kategorien bereits als Reaktion, als scheinbare Antwort (wo doch noch gar keine möglich ist) empfunden werden könnte, bevor überhaupt die ganze Bedeutung der Äußerung erfaßt ist. Die strikte Beschränkung auf eine 'deskriptive' Methode der Paraphrasierung – so problematisch sie im Detail auch sein mag – kann aber auf Bedeutungs- und Formulierungskomponenten führen, die sonst übersehen werden. Das heißt aber nicht, daß einer unkritischen Rezeption das Wort geredet werden soll, im Gegenteil. Angemessene und argumentationskräftige Kritik wird so erst möglich und kann dann dort besser artikuliert werden, wo wechselseitige Kommunikation wirklich stattfinden kann, in Primärgruppen also. So wird auch gewährleistet, daß nicht durch wertende Paraphrasen ein 'Streit um Worte' angezettelt wird, sondern daß deutlich wird, wo politische Konflikte begründet sind: in unterschiedlichen Interessen, Einstellungen, Bewußtseinslagen.

Im folgenden formuliere ich noch einmal einige Regeln für die Paraphrasierung politischer Äußerungen:

1. Nenne ausdrücklich, wer zu wem welche sprachliche Handlung macht, auch wenn das erst erschlossen werden muß.
2. Nenne ausdrücklich, was dabei über welche Gegenstände/Personen/Sachverhalte ausgesagt wird, auch wenn dies erst erschlossen werden muß.
3. Löse verkürzte Aussagen in Sätze mit Verben auf, auch solche, die in Substantiven und Adjektiven und Adverbien stecken. Verwandle Passivaussagen in aktive; wo werden Handlungen als Vorgänge, Vorgänge als Handlungen geschildert?
4. Ersetze zunächst wertende Ausdrücke durch andere, neutralere und nenne dann die Wertung ausdrücklich.
5. Zeige auf, welche Aussagen wie begründet werden, welche Folgerungen zu ziehen sind.
6. Nenne stillschweigende Voraussetzungen und Annahmen ausdrücklich.
7. Sprich aus, was mit der Äußerung im größeren Zusammenhang mit welchen Interessen erreicht werden soll.
8. Frage Satz für Satz nach anderen (einfacheren, genaueren) Formulierungen und sprich aus, was die Verwendung der gewählten Ausdrücke bedeuten könnte.

- a) Achte auf auffällige Häufungen, Bilder, Gefühlswörter. Wie werden Personen, Gruppen, brisante Sachverhalte benannt?
 - b) Achte auf 'kleine Wörter', auf Verallgemeinerungen, auf fehlende Mengenangaben.
9. Fasse die Gesamtabticht und auch die wichtigsten Mittel der Stiltaktik in einem Satz zusammen.

Obwohl solche Paraphrasen von jedermann gemacht werden könnten, bedarf es zuvor der Sensibilisierung und Einübung. Hier liegt eine wichtige Aufgabe des muttersprachlichen Schulunterrichts.¹⁶ Die Paraphrasen haben vor allem exemplarischen Charakter. Denn es kann natürlich nicht darum gehen, die ganze Flut politischer Äußerungen, die täglich durch die Medien auf uns niedergeht, auf diese penible Weise zu verarbeiten. Daß man aber, wo es relevant ist, sich selber im Detail verständlich machen kann, was gesagt worden ist, als Basis für eigene politische Äußerungen, scheint mir eine unabdingbare Voraussetzung für politische Sprachkultur in einer Demokratie zu sein.

Anmerkungen

- 1 S. grundlegend Almond/Verba 1963 und 1980. Weitere Literatur bei Rausch 1980, Reichel 1982, Wewer 1982.
- 2 S. v. Beyme 1971.
- 3 Darauf hat vor allem der amerikanische Politologe Murray Edelman in verschiedenen Arbeiten (1964, 1971, 1977) hingewiesen. Dazu Dieckmann 1981.
- 4 S. dazu Holly 1982, 19 f.
- 5 S. auch die Habermassche Unterscheidung von Verständigungs- vs. Erfolgsorientierung (Habermas 1981), die Strauß/Zifonun (in diesem Band) aufgreifen.
- 6 Es wird manchmal auch explizit geworben und legitimiert, wie man auch den Beziehungsaspekt zum Inhaltsaspekt machen kann.
- 7 S. dazu v. Polenz 1980.
- 8 Durchgezogene Striche für 'indem'-Relationen (vertikal) und 'und'-Relationen (horizontal); gestrichelte Linien für 'wobei'-Relationen (zusätzliche Muster).
- 9 Dazu Eroms 1974a.
- 10 Man denke etwa an die AG "Semantik" der CDU in den 70er Jahren.
- 11 Beispiele bei Eroms 1974 und Kuhn 1983.
- 12 Zu dieser sprachkritischen Position s. Heringer 1982, Wimmer 1982.
- 13 Dazu v. Polenz 1980a.

- 14 Ohne daß der Begriff der Paraphrase hier weiter problematisiert werden kann, muß darauf hingewiesen werden, daß anders als häufig in linguistischen Arbeiten (z.B. Rath 1975) kommunikative Paraphrasen dort auch als dialogische Mittel der Verständnissicherung verstanden werden, als Mittel der Rekonstruktion und Interpretation von Partneräußerungen; dieser Paraphrasenbegriff ist auch schon in linguistische Arbeiten eingegangen (s. Wenzel 1981, Wahmhoff 1981). Paraphrasen sind dort also nicht textbildende Alternativformulierungen des Sprechers, sondern dialogkonstituierende, kommunikationsreflexive Umformulierungen durch einen verstehenden, möglichst nicht wertenden Hörer.
- 15 S. Sandig 1978, 11.
- 16 So fordert v. Polenz 1983, 57: "Anstelle traditioneller ästhetischer oder pedantischer Ausdrucksnormen sollte der Unterricht in der Muttersprache vor allem darin bestehen, den Schülern gegen die konventionellen öffentlichen Sprachrituale ein sprachkritisches Bewußtsein und Fähigkeiten reflektierten Sprachhandelns zu vermitteln, mit denen sie in der Lage sind, hinter den verkürzenden, indirekten, impliziten, inhaltlich verschleiern den Ausdrucksformen der üblichen Textsorten die direkteren, offeneren und genaueren Ausdrucksformen zu entdecken und als Formulierungsalternativen oder als Rückfragetechniken zu üben."

Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1953): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, N.J.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.) (1980): *The Civic Culture Revisited*. Boston.
- Bergsdorf, Wolfgang (1978): *Politik und Sprache*. München.
- v. Beyme, Klaus (1971): "Politische Kultur" und "Politischer Stil". In: ders. (Hg.), *Theory and Politics – Theorie und Politik*. Festschrift für Carl Joachim Friedrich, Den Haag, 352-374.
- Dieckmann, Walther (1981): "Inszenierte Kommunikation". Zur symbolischen Funktion kommunikativer Verfahren in (politisch-) institutionellen Prozessen. In: ders., *Politische Sprache – politische Kommunikation*. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe, Heidelberg, 255-279.
- Edelman, Murray (1964): *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana.
- (1971): *Politics as Symbolic Action: Mass Arousal and Quiescence*. New York.
- (1977): *Political Language: Words That Succeed and Politics That Fail*. New York.
- Eroms, Hans-Werner (1974): Zur Analyse politischer Sprache. In: *Linguistik und Didaktik* 5, H. 17, 1-16.
- (1974a): Asymmetrische Kommunikation. Zur Funktion von Abstraktem und Konkretem in politischer Sprache. In: *Sprache im technischen Zeitalter*, H. 52, 297-318.

- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*. New York. dt.: *Rahmen-Analyse*. Frankfurt 1977.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bde. Frankfurt.
- Heringer, Hans Jürgen (1982): Sprachkritik — die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: ders. (Hg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen*, Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen, 3-34.
- Holly, Werner (1982): Zur Geschichte parlamentarischen Sprachhandelns in Deutschland. Eine historisch-pragmatische Skizze an Beispielen aus ersten Sitzungen von verfassunggebenden Versammlungen. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 47, 10-48.
- Kuhn, Fritz (1983): Überlegungen zur politischen Sprache der Alternativbewegung. In: *Sprache und Literatur* 14, H. 51, 61-79.
- v. Polenz, Peter (1980): Möglichkeiten satzsemantischer Textanalyse. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 8, 133-153.
- — (1980a): Wie man über Sprache spricht. Über das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher und natürlicher Beschreibungssprache in Sprachwissenschaft und Sprachlehre. Mannheim (Duden-Beiträge, H. 45).
- — (1983): Deutsch in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Tendenzen, Formen und Strukturen der deutschen Standardsprache nach 1945*, Marburg, 41-60.
- Rath, Rainer (1975): Kommunikative Paraphrasen. In: *Linguistik und Didaktik* 4, 103-118.
- Rausch, Heinz (1980): *Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Reichel, Peter (1982): Politische Kultur. Zur Geschichte eines Problems und zur Popularisierung eines Begriffs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 42/82, 13-26.
- Sandig, Barbara (1980): *Stilistik. Sprachpragmatische Grundlegung der Stilbeschreibung*. Berlin.
- Wahmhoff, Sibylle (1981): Die Funktion der Paraphrase in gesprächspsychotherapeutischen Beratungen. In: *Deutsche Sprache* 9, 97-118.
- Wenzel, Angelika (1981): Funktionen kommunikativer Paraphrasen. Am Beispiel von Gesprächen zwischen Bürgern und Beamten am Sozialamt. In: P. Schröder/H. Steger (Hg.), *Dialogforschung. Jahrbuch 1980 des Instituts für deutsche Sprache*. Düsseldorf.
- Wewer, Göttvik (1982): Den Wahlkampf befrieden? Fairneßabkommen und politische Kultur. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 14-15, 29-46.
- Wimmer, Rainer (1982): Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: H.J. Heringer (Hg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen*, Tübingen, 290-313.